



Hauslehrerin Dudek mit ihren Kindern in Archfeld: Zwei Lehrer, drei Schüler, und alle Schüler sprechen Deutsch

ERZIEHUNG

Schule oder Knast

Kaum ein Land verteidigt die Schulpflicht so verbissen wie Deutschland. In den USA wird der Hausunterricht gefördert, in Kanada vom Staat belohnt. In Hessen soll ein Ehepaar ins Gefängnis, weil es seine Kinder zu Hause unterrichtet. *Von Uwe Buse*

Abends, wenn die Kinder im Bett sind, wenn Ruhe einkehrt im Haus von Jürgen Dudek, dann zieht er sich oft ins Wohnzimmer zurück, aufs Sofa, zusammen mit Rosemarie, seiner Frau. Dort sitzen sie dann, im Ofen knackt das Feuer, und bis spät in die Nacht wälzen die Dudeks ihr Problem, betrachten es von allen Seiten, in der Hoffnung, doch noch eine Lösung zu finden, einen Ausweg, den sie in den Nächten zuvor übersehen haben. Doch bislang tat sich kein Ausweg auf, bislang bleibt am Ende des Tages immer nur das Gebet.

Jürgen Dudek und seine Frau beten oft, und sie beten ausgiebig. Sie beten morgens, mittags und abends. Dudek erhebt sich dann am Esstisch, schmal, hager, mit Vollbart, er breitet die Arme aus zur Segnung, im Gegenlicht gleicht er in diesem

Moment dem Kreuz, und dann hören seine Frau, seine sieben Kinder, wie er für das Essen dankt, die Gesundheit, den neuen Tag.

Jürgen Dudek und seine Frau Rosemarie sind bibeltreue Christen. Sie halten die Bibel nicht für ein historisches Dokument von zweifelhaftem Wert, sondern für das buchgewordene Wort Gottes. Sie halten ihre Religion nicht für kulturelle Folklore oder einen Lückenbüßer, an den man sich erinnert, wenn es am Heiligen Abend darum geht, die Zeit bis zur Bescherung zu überbrücken. Die Dudeks glauben, dass die Welt vor 6000 Jahren geschaffen wurde, sie halten die Sintflut für eine Realität und das Leben hier auf Erden für eine Durchgangsstation. Die Gesetze der Bibel formen den Rahmen ihres Handelns. Die weltlichen Gesetze des deutschen Staates

haben sich in diesen Rahmen zu fügen. Tun sie es nicht, werden sie nötigenfalls gebrochen.

Ein Gesetz brechen die Dudeks mit sehr großer Konsequenz. Es geschieht fünfmal die Woche, von montags bis freitags, pünktlich um halb acht am Morgen. Dann betreten die drei schulpflichtigen Söhne der Dudeks einen Raum im Erdgeschoss des elterlichen Hauses. In ihm stehen drei kindgerechte Schreibtische, drei Stühle und Regale voller Bücher. Es ist das Wohnzimmer der Familie. Hier werden Lukas, Daniel und Jeremiah von ihren Eltern unterrichtet – ausschließlich von ihren Eltern unterrichtet. Eine öffentliche Schule haben sie nie betreten.

In den USA, in Großbritannien, in Österreich und vielen anderen Ländern wäre das kein Problem. In Kanada bekäme



Schüler beim Unterricht: Ein Ort der Versuchung, ein Ort des Lasters

die Familie sogar einen Zuschuss vom Staat, weil sie der Öffentlichkeit Ausgaben erspart. Doch in Deutschland kann der Staat auf ein ganzes Arsenal von Sanktionen zurückgreifen. In der Mehrzahl der Bundesländer beginnt es mit dem simplen Bußgeld und endet mit der Erzwingungshaft. Der Staat kann den Eltern auch das Sorgerecht entziehen und die Kinder ins Heim einweisen lassen. Und in einigen Ländern, etwa in Hessen, gilt der fortgesetzte Verstoß gegen die Schulpflicht nicht mehr nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat.

Die Dudeks leben in Hessen und stehen auf der vorletzten Stufe der Eskalation. Ihnen droht Gefängnis. Drei Monate für den Vater, drei Monate für die Mutter, nicht zur Bewährung ausgesetzt. So forderte es die Staatsanwaltschaft. Es ist der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts zwischen einer Familie und dem deutschen Staat, den beide Seiten mit verwirrender, schwer nachzuvollziehender Verbissenheit führen.

Er ließe sich vermeiden, wenn Jürgen und Rosemarie ihre Kinder in eine öffentliche Schule schicken würden, schließlich sind die deutschen Schulen nicht bekannt dafür, Kinder in asoziale Monster zu verwandeln. Aber Jürgen Dudek sagt, das könne er nicht. Er sitzt jetzt hinten im Lehrzimmer, einem niedrigen Raum mit Ofenheizung. Seine drei schulpflichtigen

Söhne arbeiten sich durch die Aufgaben, die er ihnen gegeben hat. Lukas, 14 Jahre alt, schreibt einen Aufsatz über den Staat und die Masse. Daniel, 12 Jahre alt, beugt mit seiner Mutter französische Verben, Jeremiah, 9 Jahre alt, übt das Einmaleins.

Seine Kinder seien ihm und seiner Frau von Gott anvertraut worden, versucht Dudek seine Entschuldigend zu erklären. „Wir können unsere Kinder nicht Menschen überlassen, die von Jesus Christus und der Bibel nichts halten.“ Staatliche Schulen seien Orte der Versuchung, des Lasters.

Diese Sätze klingen verdächtig nach Sektiererei, nach Eltern, die ihre Kinder von der Welt fernhalten und vollpumpen mit seltsamen Ideen, aber so einfach ist es nicht in diesem Fall. Die Dudeks sind religiös, und man könnte sie Fundamentalisten nennen. Aber im Gegensatz zu anderen strenggläubigen Christen gehören sie keiner Sekte, keiner religiösen Gruppe an, und sie sperren ihre Kinder auch nicht weg. Ihre Söhne sind bei den Pfadfindern, der freiwilligen Feuerwehr, im Schwimmverein. Die Trainerin sagt, die Jungs seien braver als die anderen, sonst aber ganz normal. Und Jürgen Dudek sagt, die Vereine würden seinen anderen Kindern ebenfalls offenstehen, auch den jüngsten, seinen beiden Töchtern.

Auch gehören die Dudeks nicht zum Prekariat, sie sind keine Bildungsflücht-

linge, deren Kinder die Schule schwänzen und ihr Wissen vor allem aus dem Fernsehen beziehen. Es gibt im Haus der Dudeks keinen Fernseher. Dafür aber ein Klavier.

Jürgen und Rosemarie Dudek haben die Entscheidung getroffen, schulfern zu leben, aber nicht bildungsfern. Beide sind Akademiker, sie hat Musik studiert, er einen Magister in Politik, Anglistik, Geschichte. Rosemarie Dudek spricht gut Französisch, ihr Mann fließend Englisch. Jürgen Dudek verbrachte seine Kindheit in Indien, einen Teil seiner Jugend in Südafrika. Sein Vater arbeitete für Siemens. In den Bücherregalen seines Hauses finden sich, neben christlicher Erbauungsliteratur, die Reisen des Marco Polo, Karl Mays Werke, Meyers Taschenlexikon, Band 1 bis 24. In einem Zimmer steht ein Computer, ohne Internet-Anschluss.

Der Rechner wurde gebraucht gekauft, die Bücher antiquarisch. Geld spielt im Alltag der Dudeks keine große Rolle. Sie haben wenig, Jürgen Dudek arbeitet nachmittags als Nachhilflehrer, und sie leben innerhalb ihrer Möglichkeiten. Morgens gibt es Haferbrei mit Honig für alle, mittags viel Gemüse, Nudeln, wenig Fleisch. Der Urlaub findet hinter dem Haus auf einer Wiese statt.

Die Familie könnte deutlich komfortabler leben, sie hat Anspruch auf Hartz IV, doch Jürgen Dudek verzichtet auf

die 1000 Euro, die ihm zustehen würden, er mag die Unterstützung nicht beantragen. „An das Geld sind Ansprüche des Staates geknüpft, die wollen wir nicht erfüllen.“ Das Kindergeld dagegen nehmen sie, denn „das kriegt ja jeder, ohne Auflagen“.

Auch der Staat könnte den Konflikt zwischen den Dudeks und dem Schulamt beenden. Er müsste nur das möglich machen, was beispielsweise in Österreich möglich ist. Dort gibt es keine Schulpflicht, sondern eine Bildungspflicht. Eltern können ihre Kinder selbst unterrichten, und ob sie es erfolgreich tun oder nicht, prüft der Staat in regelmäßigen Abständen. Scheitern die Eltern an ihrer Aufgabe, müssen die Kinder zur Schule.

Doch Deutschland ist von einem pragmatischen Umgang mit seinen schätzungsweise tausend Hausschülern weit entfernt. Die Familien leben oft verdeckt, nicht gemeldet oder sind offiziell ins Ausland verzogen. Manche sind ständig auf der Flucht, bleiben nur so lange an einem Ort, bis das Schulamt sie wieder ins Visier nimmt. Andere Familien verlassen Deutschland nicht nur auf dem Papier, sondern gehen tatsächlich ins selbstge-

Die Schulpflicht war Teil der

Aufklärung, ein Werkzeug zur

Demokratisierung des Wissens.

wählte Exil. Nach Irland zum Beispiel, wie die Groenevelds.

Rina Groeneveld und ihr Mann verweigerten sich der Schulpflicht aus praktischen Erwägungen, die Familie gehört zu den globalen Nomaden des 21. Jahrhunderts. Sie ziehen oft um, nicht innerhalb Deutschlands, sondern von einem Land ins nächste. Steven Groeneveld ist ein hochspezialisierter Ingenieur, er arbeitet im Flugzeugbau, für Firmen wie Airbus, Boeing. Er unterschreibt bei den Konzernen für ein Projekt; ist das Vorhaben beendet, geht es in ein anderes Land, auf einen anderen Kontinent, zu einem neuen Projekt. Die Groenevelds sind der Meinung, dass sie ihre Kinder besser selbst unterrichten, statt sie alle paar Jahre in einem neuen Land einzuschulen. Aus Deutschland flüchteten sie nach vier Jahren.

Den Kontakt zu anderen Hausschulfamilien halten die Groenevelds, wie viele andere, über das Internet. Sie treffen sich in Foren wie „Unerzogen“, „Bildungsfreiheit“, tauschen dort Ratschläge aus im Umgang mit deutschen Behörden, informieren einander über geeignete Lehrmaterialien, diskutieren die Veröffentlichungen von Forschern – beispielsweise die des Bonner Erziehungswissenschaftlers Volker Ladenthin.

Ladenthin wird von Hausschülern geschätzt, er hält die harsche Reaktion des



Familie Dudek vor ihrem Haus: Die Kinder sind auffallend brav, aber sonst ganz normal

deutschen Staates für unangemessen. Er verweist darauf, dass es nicht viele Eltern sind, die sich diese Arbeit aufhalsen, selbst wenn der Staat die Möglichkeiten schafft. In Neuseeland sind ein Prozent der schulpflichtigen Kinder Hausschüler, in Australien ebenso, in Großbritannien sind es 1,5, in den USA, dem Land der langen Wege, 4 Prozent. Ladenthin hält es für unsinnig, die Eltern zu kriminalisieren, und plädiert für ein Modell, das die Bildungspflicht mit staatlicher Kontrolle und professioneller Unterstützung verbindet.

Der Mehrzahl der deutschen Hausschüler dürfte sich mit diesem Vorschlag arrangieren können. Die Dudeks in Hessen würden es tun. Sie würden diesen Kompromiss feiern wie einen Sieg am Ende eines langen, zermürbenden Kampfes.

Der Konflikt zwischen den Dudeks und dem deutschen Staat begann vor zehn Jahren, in Gummersbach. Dort besuchte Jonathan, der älteste Sohn, die erste Klasse

der Grundschule, es war eine christliche Bekenntnisschule, vom Staat anerkannt. Jonathan war der Jüngste in seinem Jahrgang und auch im Schulbus. Die anderen Schüler setzten ihm zu, sein täglicher Schulweg addierte sich auf über zwei Stunden. Jonathan, damals sechs Jahre alt, verließ das Haus um kurz nach sechs und kehrte in der Regel erst am Nachmittag um vier zurück.

Die Eltern hielten die Situation für nicht tragbar und suchten nach Alternativen. Eine normale Grundschule kam nicht in Frage. So wurde Jonathan, nach einigen Wochen der Vorbereitung, von der Schule genommen, und der Hausunterricht begann. Er wurde variiert im Laufe der Jahre, aber nicht grundsätzlich verändert. Wenn man ein paar Tage bei den Dudeks verbringt, kann man das, was damals begann, heute noch beobachten.

Zu sehen ist eine Zwergschule, die Lehrern aus deutschen Problemstadtteilen wie

das Paradies vorkommen muss. Es gibt zwei Lehrer in dieser Schule, drei Schüler, und alle Schüler sprechen Deutsch.

Der Lehrstoff folgt dem offiziellen Lehrplan, die Bücher stehen hinter den Schülern im Regal, neben Kosmos-Experimentierkästen für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Stundenpläne der Kinder umfassen die Fächer Deutsch, Erdkunde, Mathematik, Geschichte, Englisch, Französisch, Physik, Chemie, Biologie (inklusive Kreationismus), Gemeinschaftskunde und Kunst. Sport und Religion werden nicht unterrichtet. Einmal im Jahr gibt es Zeugnisse. Der Vater stellt sie aus. Ihr Ton ist aufmunternd-patriarchalisch.

Jürgen Dudek hat dem Schulamt angeboten, seine Familie zu besuchen, dem Unterricht beizuwohnen, seine Unterlagen zu prüfen, die er penibel seit neun Jahren führt, in denen der Inhalt jeder Unterrichtsstunde vermerkt ist, die er und seine Frau jemals gegeben haben. Doch das Amt mag niemanden schicken.

Dudek zweifelte nie daran, dass er und seine Frau in der Lage sind, ihre Kinder erfolgreich zu unterrichten. Und seit diesem Sommer ist das nicht mehr nur eine Behauptung, die Dudeks haben auch einen Beweis. Ihren ältesten Sohn Jonathan, er ist ihr Kronzeuge.

Als Jonathan damals die Grundschule verließ, meldete die Schulleitung dies dem Schulamt. Beamte setzten sich mit den Eltern in Verbindung, aber Sanktionen blieben aus, denn die Dudeks teilten mit, dass sie ihren Wohnort bald verlassen würden. Im Sommer des Jahres 1999 zog die Familie um nach Hessen, in das Dorf Archfeld. In ein Haus, das bezahlbar war, geräumig genug für die wachsende Familie und in dem sie heute noch wohnt.

Eineinhalb Jahre lebten die Dudeks unentdeckt vom Radar der hessischen Schulbehörde. Sie schickten Jonathan einfach nicht zur Schule, und niemandem fiel das auf. Erst als der zweitgeborene Sohn Lukas schulpflichtig wurde, begannen die Schwierigkeiten.

Zunächst erhielten die Dudeks Briefe von der Schulleiterin der Grundschule. Es folgten Anrufe, dann ein Bußgeldverfahren. Die Dudeks zahlten die 120 Euro. Und machten weiter wie zuvor. Im Mai 2007 verurteilte das Amtsgericht Eschwege die Dudeks dann zu einer Geldstrafe von 900 Euro. Die Dudeks hätten wahrscheinlich gezahlt, aber sie mussten es nicht. Der zuständige Staatsanwalt war nicht zufrieden mit dem Urteil. Es sei nicht geeignet, „das bislang von Uneinsichtigkeit geprägte Verhalten der Angeklagten angemessen zu ahnden“, so formulierte er. Der Ankläger ging in die Berufung, und das Landgericht Kassel verurteilte die Dudeks zu insgesamt sechs Monaten Haft. Gegen dieses Urteil legte das Ehepaar Revision ein und verwies, unter anderem, auf die Leistungen seines Sohns Jonathan.

Im Frühjahr 2008 besuchte Jonathan für vier Monate eine Realschule im nahe gelegenen Herleshausen. Seine Eltern hielten ihn für „ausreichend moralisch gefestigt“, um der Welt da draußen entgegenzutreten. Sie wollten, dass er seine Schulzeit mit einem staatlichen Abschluss beendet, um vom Hausunterricht möglichst problemlos in die Arbeitswelt wechseln zu können.

Jonathan beendete das Schuljahr als Klassenbesten, seine Note: 1,1. Ohne den Sportunterricht wäre sie noch besser gewesen. Zurzeit absolviert Jonathan sein Berufsgrundbildungsjahr, eine Lehrstelle hat er sicher, in einer Tischlerei. Seine Lehrer sagen, er sei ein problemloser, intelligenter, ruhiger Schüler.

Auch im Wohnzimmer seiner Eltern sagt Jonathan nicht mehr als nötig. Er sitzt auf einem Stuhl, vorn auf der Kante, ein ernster blonder Junge. Sein Vater, der während des Gesprächs nicht dabei ist, sagt

Die Schulpflicht, die den Dudeks das Leben so schwermacht, war Teil der Aufklärung, sie war ein Werkzeug zur Demokratisierung des Wissens, zur Demokratisierung des Wohlstands. Mit ihrer Hilfe wurden die Kinder von den Äckern und Feldern ihrer Eltern, aus Werkstätten und Manufakturen in die Schulen gezwungen, ans Buch und an die Tafel. Ohne die Schulpflicht wäre der Aufstieg Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat schwieriger gewesen.

Doch heute ist die Situation eine andere, heute sind die Eltern von Schulverweigerern, von Hausschülern, keine Analphabeten mehr, die ihre Kinder als Arbeitskräfte missbrauchen wollen oder müssen.

Heute sind sie häufig Akademiker, die sich abwenden von den öffentlichen Schulen, weil ihnen die Angebote, die Qualität des Unterrichts nicht genügen. Sie wollen mehr, bessere oder zumindest angemessene



Hausschulgegnerin Hofmann im Schulamt in Bebra: Das staatliche Monopol ist gut

später, Jonathan beantworte nur ungern persönliche Fragen.

Schon, ja, sagt Jonathan dann, er habe Freunde, aber nicht viele. Nein, er trinke keinen Alkohol, auch nicht auf Partys, aber das störe ihn nicht, er werde nicht oft auf Partys eingeladen. Er sei halt anders, und darauf sei er auch stolz, irgendwie.

Warum er nicht das Gymnasium besuche? Er wolle erst einmal etwas Praktisches lernen. Außerdem sei er sich nicht sicher, dass das Gymnasium so eine gute Sache sei. Da müsse man zum Beispiel Goethes „Faust“ lesen. Sein Vater sei ja der Meinung, mit so einem Buch, in dem der Teufel eine wichtige Rolle spiele, beschäftige man sich besser nicht eingehend.

Goethes „Faust“ eine jugendgefährdende Schrift? Pädagogen und Richter dürften das nicht gefallen. Aber ist das ein Grund, die Eltern ins Gefängnis zu stecken? Ist das Verdammnis eines deutschen Klassikers eine Straftat?

nere Bildung für ihr Kind, und sie glauben, sie ihnen geben zu können.

Anita Hofmann mag sich mit diesen ganzen Ideen nicht anfreunden. Hofmann ist eine energische Frau mit interessanter Brille, sie ist außerdem stellvertretende Leiterin des Schulamts Bebra, und für die Dudeks repräsentiert sie den Staat. Sie verteidigt die Schulpflicht, von Amts wegen und auch privat. Hofmann ist keine Bürokratin, die nur umsetzt, was von ihr erwartet wird, sie ist eine Überzeugte, und das macht die Sache für die Dudeks noch schwieriger.

Hofmann war selbst Lehrerin, gern, wie sie sagt. Sie war auch ein Einzelkind, das den Besuch der Schule genossen hat, den Umgang mit anderen Kindern, die neuen Erfahrungen und meistens auch den Unterricht. Sie bezweifelt, dass Dudeks Hausschule eine schützenswerte Einrichtung sein könnte.

Denn jenseits der reinen Vermittlung von Wissen sei die Schule doch ein wich-



Musterschüler Jonathan Dudek mit Abschlusszeugnis, in seinem Lehrbetrieb: Goethes „Faust“ besser nicht lesen

tiger Ort der Sozialisation. In der Schule lernten Kinder mit Gleichaltrigen umzugehen, sich zu streiten, sich zu einigen, sagt Hofmann. In Dudeks Zwergschule sei das nicht möglich. Auch müsse eine solche Schule prinzipiell allen Kindern offenstehen. Und das sei ja wohl nicht geplant.

Hofmann missfällt die Idee, die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht zu ersetzen. Wann immer es im Gespräch darum geht, wird Hofmann unruhig, rutscht herum auf ihrem Stuhl, als wolle sie etwas Unangenehmes loswerden, das sich ihren Rücken heraufarbeitet. Hofmann steht zum staatlichen Monopol. Das Monopol ist gut.

Hofmanns Arbeit und ihre Gedanken kreisen um Begriffe wie Qualitätskontrolle, Standardisierung, mehr Ganztagschulen. Sie denkt nach über die Lehren, die aus den Pisa-Studien gezogen werden sollten, es geht ihr um gleiche Chancen für alle Kinder, und der Weg dorthin führt für sie nicht über eine Hausschule. Denn wer wisse schon, was passieren würde, wenn die Dudeks durchkämen mit ihrer Schule? Was würden dann die Muslime machen in Deutschland? Was irgendwelche Sektierer? Ein unkontrollierbarer Wildwuchs drohe, mit nicht abzuschätzenden Folgen.

„Nein“, sagt Hofmann, wenn es nach ihr gehe, werden die Dudeks mit ihrer Schule nicht durchkommen. Es wäre ja auch, abseits aller anderen Überlegungen, schlicht und einfach ein Gesetzesbruch. Wenn die Hausschulbefürworter ihre Schulen legalisieren wollen, müssten sie eben die Politiker überzeugen.

Genau dies versucht Dagmar Neubronner, seit Jahren. Neubronner ist so etwas wie die Chef-Lobbyistin der deutschen Hausschüler. Sie ist eine von wenigen, die sich regelmäßig in die Öffentlichkeit wagen und für die Anliegen der Schulboykotteure werben. Wie ihre Kontrahentin in Bebra ist Neubronner eine Überzeugte, ausgestattet mit viel Temperament und Ausdauer. An einem Winternachmittag sitzt sie in Bremen in einem Café und erzählt ihre

Geschichte. Sie beginnt in Süddeutschland mit einem Sohn, den der Schulbesuch depressiv machte, und endet in Bremen, „wo Polizeiwagen vor unserem Haus patrouillierten“. Die Polizisten sollten feststellen, ob die Kinder der Neubronners tatsächlich in Frankreich leben, wie es die Mutter bei der Schulbehörde angegeben hatte, oder ob das eine Lüge war, mit der die Familie die Schulpflicht umgehen wollte.

Im Kosmos der Hausschüler repräsentiert Neubronner eine Gruppe, die nicht viel gemein hat mit den Dudeks, mit ihrer Religiosität, dem konservativen Weltbild und den peniblen Stunden-, Wochen-, Jahresplänen.

Neubronner gehört zu den „Unschoolern“. Sie favorisiert ein Konzept, das dem Modell Summerhill folgt. Sie ist überzeugt, dass Kinder gern lernen, dass sie viel lernen, und am besten tun sie das ohne

Was passiert, wenn die Dudeks

durchkommen mit ihrer Schule?

Was machen dann die Muslime?

Zwänge. Neubronners Söhne dürfen tun, was sie wollen, ihre Eltern geben Anregungen, aber keine Anweisungen. Dagmar Neubronner sagt, das funktioniere. Zweifler versucht sie zu überzeugen, in Talkshows, in Interviews.

Doch bislang hat sie keine nennenswerten Erfolge zu vermelden. Zum einen dürfte das an Familien wie den Dudeks liegen. Es sind oft die religiösen Schulboykotteure, die ihren Kampf besonders lange durchhalten, die schließlich in den Medien zu finden sind, weil Gerichte Haft anordnen und Polizisten anrücken, um die Eltern ins Gefängnis zu schaffen. So ist es beispielsweise 2004 in Bayern geschehen, im Fall der Zwölf Stämme, einer streng religiösen christlichen Gemeinschaft.

Im Fernsehen ist dann ein Rechtsstaat zu sehen, der harsch reagiert, der unsympathisch ist, aber auch die Opfer scheinen

zweifelhafte Figuren zu sein, für die sich Politiker nicht ohne weiteres einsetzen.

Zum anderen ist es ein denkbar schlechter Zeitpunkt, um die Schule zurück in die Familie zu holen. Wenn die Nation, wenn die große Politik über mehr Ganztagschulen debattiert, über mehr Tagesmütter, mehr Betreuung, wenn es als erstrebenswert gilt, die Erziehung von Kindern zu professionalisieren, sie auszulagern in Krippen, Horte, dann haben es Lobbyistinnen wie Dagmar Neubronner schwer.

Zu den vorsichtigen Unterstützern der Hausschüler gehört der bayerische Bildungspolitiker Hans-Ulrich Pfaffmann. Er könne sich einen Modellversuch vorstellen, sagt er, unter „strikt staatlicher Kontrolle“. Danach müsse man weitersehen. Pfaffmann hätte ein wichtiger Verbündeter der Hausschüler werden können, wenn die SPD bei der Landtagswahl in Bayern besser abgeschnitten hätte. Pfaffmann wurde als künftiger Kultusminister Bayerns gehandelt.

Jürgen und Rosemarie Dudek setzen nicht auf die Einsicht der Politiker, deren Welt ist ihnen fremd. Sie nehmen die Situation, wie sie ist. Sie sitzen jetzt in ihrem Wohnzimmer, es ist Heiligabend, es gibt keinen Baum, keine Geschenke. Ein paar Lieder werden gesungen.

Vor Jürgen Dudek auf dem Tisch liegt ein Schreiben des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main. Die Richter haben der Revision stattgegeben und die Angelegenheit zurückverwiesen an das Landgericht Kassel. Es wird einen weiteren Prozess geben, noch müssen die Dudeks nicht ins Gefängnis. Es sei „eine Atempause“, sagt Jürgen Dudek. Er klingt nicht erleichtert, er rechnet nach wie vor mit dem Schlimmsten: „Wenn wir den Kopf hinhalten müssen, dann tun wir das.“ Er scheint entschlossen. Für ihn geht es um sehr viel. Nicht nur um einen Sieg im Kampf gegen den deutschen Staat, für Dudek ist der Streit um den Schulbesuch seiner Kinder auch eine Prüfung, die ihm auferlegt wurde von seinem Gott. Und er will sie bestehen, koste es, was es wolle. ♦

aus **die tageszeitung** vom 02.04.2008

"Knast ist teurer als Schule"

Vorsorge durch Bildung ist günstiger als Nachsorge durch Resozialisierung. Daher fordern die Migrationsforscher Schwalgin und Ohliger, dass Schulen Zuwandererkinder endlich besser integrieren und die neuen Steuerungsmodelle für Schulen nutzen

Von EDITH KRESTA

INTERVIEW EDITH KRESTA

taz: Frau Schwalgin, Herr Ohliger, in vielen Städten sehen wir folgende Situation: Die Mittelschichtseltern fliehen vor Schulen mit vielen Migrantenkindern. Ist das nicht verständlich?

Susanne Schwalgin: Aus der individuellen Perspektive der Eltern schon. Sie wollen das Beste für ihr Kind und orientieren sich dabei an einem dominanten Diskurs: Schulen in Stadtvierteln, die einen hohen Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben, gelten prinzipiell als problematische Schulen. Ob das tatsächlich stimmt, ist eine andere Frage.

Ergebnisse und Erfahrungen zeigen das jedenfalls.

Schwalgin: Dennoch sollte man genauer hinschauen. Viele dieser so genannten Problemschulen haben - oft aus eigener Kraft - innovative Wege gefunden.

Rainer Ohliger: Bildungstourismus zwischen Stadtbezirken gibt es noch in einem anderen Fall: Die Privatschulen boomen. Damit erfolgt zunehmend die Privatisierung einer ehemals staatlichen Aufgabe.

Verstärkt das die die Trennung der Schichten?

Schwalgin: Ja, das kann passieren. Wir können zurzeit eine globale Entwicklung beobachten. Der ehemals staatliche Bildungsbereich wird zunehmend vermarktlacht. Das geschieht nicht nur durch Privatisierung, sondern auch durch die Einführung neuer Steuerungsmodelle in der Schule.

Ist das ein Problem?

Schwalgin: Jedenfalls wird es sehr kontrovers diskutiert. Viele sagen, es gehe zu Lasten jener, die immer schon benachteiligt waren. Andererseits eröffnet es Potenzial für eine eigenständige Schulentwicklung jenseits des staatlichen Gängelbandes.

Zum Beispiel?

Schwalgin: Etwa ein Schulprogramm auszuarbeiten. Das bedeutet, dass sich Lehrer, Schüler und Eltern Gedanken darüber machen, was eigentlich der Schwerpunkt ihrer eigenen schulischen Arbeit sein soll.

Was steht in so einem Programm?

Schwalgin: Im Mittelpunkt sollte stehen, wie die Schulen ihren Unterricht gestalten und wie das mit der Schulkultur verzahnt wird. Das Interessante an der neuen Steuerung von Schulen ist, dass sich die Rektoren ihre Lehrer selbst aussuchen können. Darin steckt ein ungeheures Potenzial - weil sie sich für einen Schwerpunkt Lehrer holen können, die in der Lage sind, mit solchen Konzepten zu arbeiten. Da sollte der Staat nachlegen und den Schulen mehr Autonomie für das Personal geben.

Ohliger: Eine Entstaatlichung des Bildungssystems ist undenkbar. Aber es muss mehr Wettbewerb um Ideen und gute Praxis geben - und die Chance zur kreativen Erprobung neuer Wege.

Was ist zum Beispiel eine erfolgreiche Schule?

Schwalgin: Eine Schule, die "jedes Talent erkennt und fördert".

So steht es vollmundig im Berliner Integrationskonzept.

Schwalgin: Ja, dafür gibt es aber kein einfaches Rezept. Ich denke, es hängt sehr stark von der Schulleitung und von der Art und Weise ab, wie sehr diese das Kollegium motivieren kann. Oder: wenn die Schulleitung keine Vision hat, wie reformwillig das Kollegium ist. Um Reformen umzusetzen, muss die Bildungsverwaltung engagierte Schulen beraten.

Ohliger: Auf der politischen Ebene wird momentan oft das hohe Lied der public private partnership gesungen, also die Kooperation des Staates zum Beispiel mit Stiftungen und der Wirtschaft. Das bedeutet unter Umständen auch das Abladen von staatlicher Verantwortung bei privaten, nicht demokratisch legitimierten Akteuren.

Schwalgin: Was momentan passiert, ist, dass Schulen Hilfsangebote regelrecht aufgedrängt werden. Es gibt zahlreiche Stiftungen in Deutschland, die sich im schulischen Bereich engagieren.

Wie soll man damit umgehen?

Schwalgin: In Phasen großer sozialer und politischer Veränderungen und allgemeiner Verunsicherung möchte man sich gerne an klaren

Konzepten festhalten. Versäumnisse von 50 Jahren fehlender Integrationspolitik kann man aber nicht von einem Tag auf den anderen ausräumen. Das ist ein längerer Prozess. Die Initiativen sind alle sehr löblich, aber das alles kann nicht zum Erfolg führen, wenn es nicht den klaren politischen Willen gibt, Strukturen zu ändern.

Was heißt das?

Schwalgin: Es müssen mehr Mittel für Integration bereit gestellt werden. Und wir brauchen auch übergreifende verbindliche Konzepte für die Schulentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft. Es wird in Deutschland ja kaum diskutiert, was die Kosten der Nichtintegration sind. Oder um es platt auszudrücken: Ein Jahr Knast ist ja deutlich teurer als ein Jahr Schule.

Was wären konstruktive Ansätze und Lösungen?

Schwalgin: Konstruktiv wäre - und das wird ja auch gemacht - ein verstärkter Dialog zwischen den Akteuren und eine Vernetzung der Schulen. Solch eine Runde-Tisch-Politik von Eltern, Lehrern, Jugendhilfe, kommunalen Wohlfahrts- und Migrantenorganisationen kann auf der Ebene der Schulkultur einiges leisten. Sie kann beispielsweise dafür sorgen, dass die Lebenswelten und sozialen Probleme der Schüler stärker im Schulalltag und im Unterricht Berücksichtigung finden. Allerdings sind solche Projekte finanziell nicht langfristig genug gesichert, was ein Problem ist.

Zurzeit erfolgt die Schuldzuweisung auch ganz schlicht an die Lehrer. Sie könnten einfach zu wenig. Stimmt das?

Ohliger: Schuldzuweisungen sind eine lang eingeübte Routine zwischen den Akteuren. Lehrer und Lehrerinnen sehen das Versäumnis auf Seiten der Eltern und auf Seiten der kommunalen Schulpolitik. Vertretungen der Eltern beschuldigen die Politik und die Lehrer, die sich nicht auf die neuen Herausforderungen einstellen wollen. Hingegen appelliert die Schulpolitik an die gesellschaftliche Verantwortung von Schulen und Lehrern sowie an die Eigenverantwortung der Eltern.

Wie kommt man heraus aus diesem Teufelskreis?

Ohliger: Diese eingeübten Schuldzuweisungen führen zu nichts. Wir haben da wohl eher ein strukturelles Problem, das auch mit der Altersstruktur der Lehrerschaft und deren Ausbildungsstand zu tun hat. Momentan haben die Schulen einen Übergang von vergleichsweise alten Lehrerkollegien zu jungen Lehrern. Die Mehrzahl der Lehrer wurde noch in den 1970er- und 1980er-Jahren ausgebildet und eingestellt. Diese sind nur selten mit pädagogischen Konzepten von Interkulturalität und Diversität

vertraut. Ein weiteres Problem ist, dass es nur sehr wenige Lehrer mit Migrationshintergrund gibt, die als Vorbilder und Lotsen dienen können. Das Lehramt gilt - anders als Jura oder Betriebswirtschaft - nicht gerade als sexy.

Wie sieht es mit der interkulturellen Kompetenz bei der Lehrerausbildung aus?

Schwalgin: Es ist ein Skandal, dass die interkulturelle Pädagogik immer noch ein Sonderbereich der Lehrerausbildung und kein Querschnittsbereich ist. Das Wissen und die Fähigkeiten, die damit verbunden sind, braucht heute jeder Pädagoge - übrigens auch in Schulen, die keinen hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu verzeichnen haben. Denn es geht um die erfolgreiche Ausgestaltung der Schule in der Einwanderungsgesellschaft.